

Fragen

für die Fragestunde der 39. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 5. Mai 2010

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bartol, Sören (SPD)	99, 100	Hinz, Priska (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	120, 121
Beckmeyer, Uwe (SPD)	105, 106	Dr. Högl, Eva (SPD)	55, 56
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	114, 115
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	54, 116	Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	52, 53
Burkert, Martin (SPD)	107, 108	Hönlinger, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 66	Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	90, 91
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	27, 33	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	18
Dörmann, Martin (SPD)	28, 34	Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Dreibus, Werner (DIE LINKE.)	74, 75	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 29
Duin, Garrelt (SPD)	62, 63	Körper, Fritz Rudolf (SPD)	40
Ehrmann, Siegmund (SPD)	50, 51	Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	9, 10
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67, 78	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	64, 112
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	118, 119	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	70, 71
Gloser, Günter (SPD)	76, 77	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 113
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	122	Krüger-Leißner, Angelika (SPD)	12, 13
Gottschalck, Ulrike (SPD)	97, 98	Kumpf, Ute (SPD)	101, 102
Groß, Michael (SPD)	95, 96	Lemme, Steffen-Claudio (SPD)	85, 86
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	92, 93	Lischka, Burkhard (SPD)	5, 6
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	15, 111	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	47, 48
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	1, 2	Lühmann, Kirsten (SPD)	41, 94
Hiller-Ohm, Gabriele (SPD)	60, 61		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Marks, Caren (SPD)	80, 81	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 89
Mattheis, Hilde (SPD)	68, 69	Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	3, 4
Müller, Kerstin (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46
Nahles, Andrea (SPD)	57, 58	Dr. Schmidt, Frithjof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19
Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	14, 79
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Senger-Schäfer, Kathrin (DIE LINKE.)	87
Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	88	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 49
Dr. Ott, Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	109, 110	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	31, 32
Paula, Heinz (SPD)	59, 117	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	83, 84
Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	43, 44	Dr. Volkmer, Marlies (SPD)	82
Pronold, Florian (SPD)	103, 104	Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Dr. Raabe, Sascha (SPD)	7, 8	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	72, 73

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	28
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	30

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

1. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)

Welche Bemühungen wendet die Bundesregierung dafür auf, die Vergabe von Landtiteln an die ländliche Bevölkerung in Kambodscha gerade in den Regionen zu unterstützen, in denen großflächige Zuteilungen von Land an private Investoren durch die kambodschanische Regierung vorgenommen werden (sog. Land Grabbing) und somit zu befürchten ist, dass dortige ländliche Bevölkerungsteile kaum noch Aussicht auf Landtitel haben?

2. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)

Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, nach Abschluss der sich derzeit in Planung befindlichen Strukturreform der Ausführungsorganisationen der deutschen Technischen Entwicklungszusammenarbeit, mittel- oder langfristig zusätzlich eine institutionelle Zusammenlegung der deutschen Technischen und der deutschen Finanziellen Entwicklungszusammenarbeit anzustreben, und wenn nein, warum nicht?

3. Abgeordnete
Karin Roth
(Esslingen)
(SPD)

Wie lässt sich nach Ansicht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der, zuletzt in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 17/1535, von der Bundesregierung immer wieder betonte gesetzte Schwerpunkt „Gesundheit in den Entwicklungsländern“ mit der drastischen Kürzung der Mittel für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und die Internationale Föderation geplanter Elternschaft (IPPF) verbinden, und wie gedenkt die Bundesregierung zur Erreichung des Millenniumentwicklungsziels 5 beizutragen?

4. Abgeordnete
Karin Roth
(Esslingen)
(SPD)

Wie beurteilt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) anlässlich des Jahrestages des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention vom 3. Mai 2008 die Bedeutung der besonderen Problemlagen behinderter Menschen in Entwicklungsländern, und welche konkreten Maßnahmen zur stärkeren Berücksichtigung dieser Personengruppe in der Entwicklungszusammenarbeit führt das BMZ zusätzlich zur Einrichtung eines runden Tisches durch, um die

- Partnerländer bei der Integration der Menschen mit Behinderungen (z. B. im medizinischen, sozialen und rechtlichen Bereich) zu unterstützen?
5. Abgeordneter
Burkhard Lischka
(SPD)
- Was heißt es für den finanziellen Beitrag Deutschlands, dass 5,1 Mrd. US-Dollar der Weltbank durch eine Kapitalerhöhung zufließen sollen, und werden die Einflussmöglichkeiten Deutschlands infolge der Stimmrechtsreform aus Sicht der Bundesregierung beschnitten?
6. Abgeordneter
Burkhard Lischka
(SPD)
- Ist es bei der Frühjahrstagung der Weltbank aus Sicht der Bundesregierung ausreichend gelungen, die Einflussverteilung zwischen Industrie- und Schwellenländern neu auszutarieren, und wie bewertet die Bundesregierung den durch die neue Stimmverteilung festgeschriebenen hohen Machtzuwachs Chinas in der Weltbank?
7. Abgeordneter
Dr. Sascha Raabe
(SPD)
- Wie bewerten der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aufgrund konkreter Beobachtungen und Gespräche bei ihren Auslandsreisen die Wirkung von gebundenen und ungebundenen Budgethilfen in Entwicklungsländern, und sind sie bereit, auf Grundlage dieser Erfahrungen in diesen Ländern Budgethilfen weiterzuführen?
8. Abgeordneter
Dr. Sascha Raabe
(SPD)
- Wie und wann erfolgt in der EU die konkrete Abstimmung über Budgetfinanzierungen Deutschlands und der EU-Partner sowie des Europäischen Entwicklungsfonds entsprechend der Pariser Erklärung über Kohärenz und Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit und der Bestätigung dieser Erklärung in Accra?
9. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD)
- Welche zusätzlichen Anstrengungen beziehungsweise inhaltlichen Änderungen hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Vergleich zu den Vorjahren im Themenschwerpunkt „Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz“ unternommen, und mit welchen Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit kooperiert es derzeit in diesem Themenschwerpunkt?

10. Abgeordnete
**Dr. Bärbel
Kofler**
(SPD)
- Welche bilateralen und multilateralen Programme/ Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden im Bereich der erneuerbaren Energien gefördert, und wie verhält sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu Anfragen von Partnerländern zur Förderung von Vorhaben im Bereich der Atomenergie?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

11. Abgeordnete
**Tabea
Rößner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung, nachdem nun der Internationale Rat für Denkmalpflege (ICOMOS) eine Überprüfung des Weltkulturerbestatus angekündigt hat, um den Status Weltkulturerbe für den Speyerer Dom zu schützen?*)
12. Abgeordnete
**Angelika
Krüger-Leißner**
(SPD)
- Wie ist es in so kurzer Zeit gelungen, eine Einigung bei den Gesprächen über das am 6. Mai 2010 von der Bundesregierung zu präsentierende neue Konzept zur Digitalisierung der Kinos herbeizuführen, nachdem es anlässlich der Beratung des Antrags der SPD-Fraktion „Für eine Kinodigitalisierung, die den Erhalt unserer Kinolandschaft sichert“ in der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 21. April 2010 von ihrer Seite keinen Hinweis auf einen bevorstehenden Abschluss der Gespräche insbesondere mit den Verleihern gab?
13. Abgeordnete
**Angelika
Krüger-Leißner**
(SPD)
- Wird das am 6. Mai 2010 zu präsentierende Konzept, ohne den Details vorgreifen zu wollen, der Vorgabe des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und FDP gerecht, wonach die Digitalisierung der Kinos flächendeckend erfolgen soll?

*) Siehe hierzu auch Frage 89.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

14. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.) An welchen Gedenkveranstaltungen und Kranzniederlegungen oder anderen Feierlichkeiten an sowjetischen Gedenkstätten und Kriegsgräbern anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Faschismus nehmen Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung teil?*)
15. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Wie verhält sich die Bundesregierung zu der Empfehlung von Menschenrechtsorganisationen und EU-Abgeordneten, die anlässlich der jüngsten Enthüllungen über das Vorgehen des kolumbianischen Geheimdienstes DAS gegen Menschenrechtler, Nichtregierungsorganisationen und EU-Politiker, welche die Menschenrechtssituation in Kolumbien anprangern (siehe taz vom 27. April 2010, „Geheimdienst gegen Menschenrechtler“), fordern, dass das EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien auf keinen Fall unterzeichnet werden darf, bevor diese Affäre vollständig aufgeklärt ist?
16. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Kriterien müssen hinsichtlich des Aufbaus der afghanischen Sicherheitskräfte auf Distriktebene erfüllt sein, um mit der Einleitung eines schrittweisen Abzugs der Bundeswehr zu beginnen?
17. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern sind sicherheitspolitische Kriterien für die Einleitung eines schrittweisen Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan prioritär gegenüber der Erfüllung von Kriterien im Bereich des zivilen Aufbaus?
18. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kriterien definiert die Bundesregierung für den schrittweisen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, und inwiefern unterscheiden sich diese von denen des Kommandeurs der ISAF Stanley McChrystal für die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF)?

*) Siehe hierzu auch Frage 79.

19. Abgeordneter
Dr. Frithjof Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es richtig, dass in einem Bericht über die Stimmungslage in den neun nördlichen Provinzen Afghanistans, den General Frank Leidenberger in Auftrag gegeben hat (DIE WELT vom 23. April 2010), auf eine Bereitschaft der lokalen aufständischen Gruppen, namentlich von Maulawi Wakil Ahmad Motwakel, Ex-Außenminister der Taliban, zu Gesprächen über eine politische Lösung hingewiesen wird, und welche politischen Schritte will die Bundesregierung ergreifen, um diese Gesprächsbereitschaft vor Ort im Norden weiter auszuloten und im Sinne einer politischen Lösung des Konflikts zu nutzen?
20. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Kriterien müssen im Bereich des zivilen Aufbaus in den Provinzen Badakhshan, Kundus, Baghlan erfüllt sein, um mit der Einleitung eines schrittweisen Abzugs der Bundeswehr zu beginnen?
21. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Hinsicht bedingen sich die Abzugskriterien im zivilen Bereich und beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte?
22. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit orientieren sich die Kriterien, die die Bundesregierung für den schrittweisen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan aufstellt, am Abzugsplan der US-Streitkräfte bzw. sind sie von diesem unabhängig?
23. Abgeordnete
Kerstin Müller (Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung, damit vor dem Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudan im Januar 2011 eine Sudankonferenz im UN-Rahmen stattfindet, wozu der Deutsche Bundestag in seinem interfraktionellen Antrag (Bundestagsdrucksache 17/1158) die Bundesregierung aufgefordert hat?

24. Abgeordnete
Kerstin Müller
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung, damit vor dem Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudan im Januar 2011 die strittigen Fragen wie die Aufteilung der Ölfelder, die Nutzung von Öltransportwegen, die Aufteilung der Öleinnahmen und sonstigen staatlichen Vermögen, die mangelnde Transparenz des Unity Fund, die Landverteilung, Wasser- und Weiderechte, Handelsbeziehungen, das Staatsangehörigkeitsrecht oder der Minderheitenschutz umfassend gelöst werden, wozu sie der Deutsche Bundestag in seinem interfraktionellen Antrag (Bundestagsdrucksache 17/1158) aufgefordert hat?
25. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung bezüglich des Wunsches Taiwans, sich als Beobachter an den Aktivitäten der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ICAO zu beteiligen, und welche Schritte will die Bundesregierung unternehmen, um die sachlich gebotene Partizipation Taiwans zu ermöglichen?
26. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung bezüglich des Wunsches Taiwans, in die Mechanismen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) eingebunden zu werden, und inwiefern widerspricht nach ihrer Ansicht der Ausschluss des weltweit 22.-größten CO₂-Produzenten dem Geist und den Zielen der Konvention?
27. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die im Brief des zyprischen Parlaments vom 12. April 2010 geäußerte Feststellung, dass die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit dem türkisch besetzten Teil Zyperns durch die EU internationalem Recht widerspricht, nach dem ein souveräner Staat – in diesem Fall durch die völkerrechtlich anerkannte Regierung der Republik Zypern – das Recht hat, Häfen zu schließen – in diesem Fall im türkisch besetzten Teil Zyperns – und sich Dritte an diese Entscheidung zu halten haben, und inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit dem türkisch besetzten Teil Zyperns die aktuellen Friedensbemühungen der Regierung konterkariert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

28. Abgeordneter
**Martin
Dörmann**
(SPD) Sind alle Ressorts der Bundesregierung der Auffassung, die Bekämpfung kinderpornografischer Inhalte im Internet sollte sowohl durch das Löschen als auch das Sperren entsprechender Seiten erfolgen, oder ist dies eine Einzelmeinung des Bundesministers des Innern, der entsprechend in der Presse zitiert wurde?*)
29. Abgeordneter
**Tom
Koenigs**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wird die Bundesregierung der Aufforderung des Menschenrechtskommissars des Europarates, Thomas Hammarberg, nachkommen, der in seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 28. April 2010 die europäischen Regierungen dazu aufforderte, keine Roma in den Kosovo abzuschicken, insbesondere weil aus Deutschland abgeschobene Roma zum Teil in bleiverseuchten Lagern untergebracht wurden?
30. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie bewertet die Bundesregierung, wenn Mitglieder von Regierungen in Bund und Ländern (wie in den vergangenen Tagen etwa in Baden-Württemberg, s. Süddeutsche Zeitung vom 29. April 2010) in der Diskussion über die vollständige Umsetzung des gesetzlichen Verbots von Waffen in privaten Händen und Haushalten vom Besitz von Waffen in eigener Hand und ihren Erfolgen beim Übungsschießen schwärmen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Besitz von Schusswaffen in Ministerhand einzuschränken und damit zur Abrüstung auch in Landesteilen zu kommen, in denen die Waffenlobby verankert ist und die besonders vom Waffenhandel profitieren?
31. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Wie häufig (absolut und relativ) wurden welche Beanstandungen bei Kontrollen der Lagerung von Waffen in privaten Haushalten in den einzelnen Bundesländern seit der letzten Änderung des Waffengesetzes festgestellt?

*) Siehe hierzu auch Frage 34.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

32. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Widerruf des als „Schweine-Patent“ bekannt gewordenen Patents EP 1651777, und wie wird die Bundesregierung die Neuverhandlung des EU-Patentrechts zum Schutze der Nichtpatentierbarkeit von Tieren, Pflanzen und Lebensmitteln voranbringen?
33. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Migrantinnen und Migranten, die die Meinung vertreten, dass Kruzifixe in Klassenräumen staatlicher Schulen gegen die Religionsfreiheit verstoßen, nicht nur in Übereinstimmung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes stehen, das 1995 mit Blick auf Bayern festgestellt hat, ein Schulkreuz verstößt gegen die weltanschauliche Neutralität des Staates, sondern auch mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom November 2009, und ist diese Meinung nicht Ausdruck von Toleranz und einer europäischen Gesinnung im Geiste der Aufklärung, ganz im Gegensatz zu jenen, die mittels des Kruzifixes eine einseitige Bezugnahme auf das Christentum erzwingen wollen?
34. Abgeordneter
**Martin
Dörmann**
(SPD)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung gegenüber Vorschlägen der EU-Kommission zur Bekämpfung kinderpornographischer Inhalte im Internet, und welche gesetzliche Regelung strebt sie selbst an?*)
35. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene, auch vor dem Hintergrund des zwischen den Koalitionsfraktionen vereinbarten Grundsatzes „Löschen statt Sperren“, gegen den in dem Richtlinienentwurf zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie (KOM(2010) 94) der EU-Kommission angelegten Vorschlag einer europaweiten Einführung von Internetsperren aussprechen?

*) Siehe hierzu auch Frage 28.

36. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, dass die im Vorschlag der EU-Kommission vorgesehene Verpflichtung der Mitgliedstaaten, eine Sperrung von Internetseiten vorzunehmen, hinsichtlich der Notwendigkeit eines effektiven Kampfes gegen derartige Inhalte im Netz zielführend ist, oder vertritt die Bundesregierung die Ansicht der Fragesteller, dass Netzsperrungen für eine effektive Bekämpfung der Verbreitung der Darstellung von Kindesmissbrauch im Internet nicht nur völlig ungeeignet, sondern letztlich sogar kontraproduktiv sind, da die betreffenden Inhalte im Netz verbleiben?
37. Abgeordnete
Ingrid Hönlinger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung, auch vor dem Hintergrund der Debatte um das zurzeit per Ministererlass ausgesetzte deutsche Zugangsschwerungsgesetz, bezüglich der Einführung von Netzsperrungen als Instrument im Kampf gegen die Darstellung von Kindesmissbrauch im Internet, sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

38. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann wird der Truppenübungsplatz Wittstock vom Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) übergeben?
39. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ab wann wird das Gelände für die zivile Nutzung zur Verfügung stehen?
40. Abgeordneter
Fritz Rudolf Körper
(SPD)
- Wie ist die Haltung der Bundesregierung zum Vorschlag des Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Prof. Dr. Clemens Fuest, angesichts hoher Staatsschulden Kirchenmitglieder durch eine Reform der Kirchensteuer am Sparen zu beteiligen, indem durch eine Aufspaltung in ein Beitrags- und ein Spendenelement nur die Hälfte des Kirchen-

steuerbetrages als Spende steuerlich abzugsfähig sein soll (Interview in der FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 21. April 2010)?

41. Abgeordnete
Kirsten Lühmann
(SPD) Wie und an wen (Mühlenbesitzer oder Endverbraucher) gedenkt die Bundesregierung – nach der am 23. April 2010 erfolgten Zustimmung der EU zu den Regelungen der Besteuerung von Rapsöl im Wachstumsbeschleunigungsgesetz – die überzahlten Steuern zurückzuzahlen?
42. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Befürwortet die Bundesregierung eine Aufhebung der Haushaltssperre für das Marktanzreizprogramm (MAP), und wenn nein, welche alternativen Überlegungen existieren zur weiteren Förderung des erneuerbaren Wärmemarktes?
43. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit, die Banken an der Finanzierung der Hilfen für Griechenland durch die Einführung einer Finanzumsatzsteuer zu beteiligen, wenn bereits ein Steuersatz in Höhe von 0,01 Prozent auf europäischer Ebene Einnahmen von mindestens 90 Mrd. Euro generieren könnte?
44. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wird die Bundesregierung eine neue Initiative zur Einführung einer Finanzumsatzsteuer anregen vor dem Hintergrund der nicht erfolgten Einigung zur Bankenabgabe beim letzten G20-Gipfel in Washington und der Tatsache, dass nun auch Russland die Einführung einer Finanzumsatzsteuer erwägt (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 28. April 2010)?
45. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, dass die jüngsten Herabstufungen durch Rating-Agenturen der Länder Portugal und Spanien auf andere Faktoren als die Veränderung wirtschaftlicher Fundamentaldaten (z. B. Absprachen mit Investoren) zurückzuführen sind, und falls nein, beabsichtigt die Bundesregierung, in dieser Richtung untersuchend tätig zu werden?

46. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung, dass Deutschland mit einem Anteil von rd. 30 Prozent an der Wertschöpfung (Bruttoinlandsprodukt) der Eurozone mit 47 Prozent einen – gemessen an der Wertschöpfung – weit überproportionalen Anteil an Abschreibungen der Banken verzeichnen muss (vgl. IWF, Global Financial Stability Report, April 2010, 1. Kapitel), und inwiefern sieht die Bundesregierung hier Handlungsbedarf?
47. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung mit den deutschen Banken, die griechische Anleihen halten, über ihren Beitrag zum Rettungspaket für Griechenland verhandelt, und wenn nein, warum nicht?
48. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung aus der Griechenlandkrise für die Regulierung der Finanzmärkte gezogen, und wann beginnt die Bundesregierung mit der Umsetzung dieser Schlussfolgerungen?
49. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass deutsche Finanzhilfen jetzt für Griechenland und später vielleicht für Portugal, Spanien, Italien letztlich nicht wieder den deutschen Großbanken zugute kommen und zufließen, die die Finanzkrise wesentlich mitverursacht haben und jetzt durch Beteiligung an der Spekulation zu Lasten der genannten Staaten von deren verzweifelter Finanzlage ohnehin profitieren, und welche konkreten Schritte unternimmt die Bundesregierung, um die Beteiligung deutscher Banken am Spekulationsgeschäft zu Lasten etwa von Griechenland auszuschließen?
50. Abgeordneter
Siegmond Ehrmann
(SPD)
- Werden die Interessen der Kultur, der Kulturschaffenden und der Kultureinrichtungen in der Zusammensetzung der Gemeindefinanzkommission und ihren inhaltlichen Beratungen berücksichtigt (bitte begründen), und wenn ja, in welcher Form?
51. Abgeordneter
Siegmond Ehrmann
(SPD)
- Welche Vorschläge, Konzepte oder Modelle hat die Bundesregierung zum Erhalt und zur Sicherung von Kultureinrichtungen und kulturellen Projekten, die aufgrund der immensen Herausforderungen und Sparzwänge, denen die öffentlichen Haushalte aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise aber auch

der Steuerpolitik der Bundesregierung aktuell gegenüberstehen, von Einsparungen und Schließungen bedroht sind vor dem Hintergrund, dass die Kommunen neben den Ländern die Hauptförderer der Kultur – in Nordrhein-Westfalen tragen die Kommunen fast 80 Prozent der gesamten öffentlichen Kulturfinanzierung – sind?

52. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung die bisherige Veröffentlichung von vier Nichtanwendungserlassen durch das Bundesministerium der Finanzen gegenüber dem im Koalitionsvertrag selbst gesetzten Ziel zu der Praxis der Nichtanwendungserlasse, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesfinanzhofes (BFH) vom 18. März 2010 (IX B 227/09), in welchem der BFH entgegen dem Nichtanwendungserlass vom 15. Februar 2010 seine Rechtsauffassung erneut bestätigt?

53. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)

Welche steuerlichen Mehreinnahmen infolge des Progressionsvorbehalts auf Kurzarbeitgeld erwartet die Bundesregierung für das Kassenjahr 2009/2010 durch die Verlängerung der Bezugsfrist auf 24 Monate, und wie sieht die Bundesregierung das Leistungsfähigkeitsprinzip gewahrt, wenn das Kurzarbeitgeld dem Progressionsvorbehalt unterworfen ist, hingegen per Doppelbesteuerungsabkommen freigestellte Mieterträge aus dem europäischen Ausland nach § 32b Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 des Einkommensteuergesetzes von diesem ausgenommen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

54. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)

Wie ist zu erklären, dass sämtliche Unternehmen auf die Liste der akkreditierten Stellen bei der Deutschen Akkreditierungsstelle ohne vorherige Überprüfung übernommen wurden, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass diese Unternehmen in den nächsten fünf Jahren ihren Verpflichtungen und Auflagen bei Zertifizierungen nachkommen?

55. Abgeordnete
Dr. Eva Högl
(SPD) Welche werden die nationalen Ziele, vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Soziales und Beschäftigung, sein, die sich die Bundesregierung im Rahmen der neuen Strategie für Wachstum und Beschäftigung setzt?
56. Abgeordnete
Dr. Eva Högl
(SPD) Wie werden dabei die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft einbezogen, und in welcher Form wird der Deutsche Bundestag darüber informiert?
57. Abgeordnete
Andrea Nahles
(SPD) Wie ist der Sachstand der Arbeit der Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“ und des RLW-Arbeitskreises Tourismus (RLW = Richtlinie für den ländlichen Wegebau), insbesondere hinsichtlich der Frage zum aktuellen Stand der Umsetzung des barrierefreien Tourismus und zur Gewinnung kleiner und mittlerer Unternehmen in der Tourismusbranche für den Seniorentourismus?
58. Abgeordnete
Andrea Nahles
(SPD) Wie wird die Bundesregierung die Barrierefreiheit im Tourismus konkret kurzfristig erreichen, und welchen Stand hat die Umsetzung der Leitlinien für den Tourismus für diesen Bereich?
59. Abgeordneter
Heinz Paula
(SPD) Hat die Bundesregierung im Vorfeld der anstehenden Sommerferienzeit mit den Ländern und der Tourismuswirtschaft konzeptionelle Gespräche geführt, um sich einen Überblick über die zu erwartenden Touristenströme in Deutschland zu verschaffen, und wenn nein, aus welchen Gründen ist dies nicht erfolgt?*)
60. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD) Welche Projekte zur Förderung der Leistungssteigerung im Tourismusgewerbe werden derzeit finanziert, welche Projekte sind darüber hinaus für diese Legislaturperiode in der Planung, und wie stellt sich der jeweilige Beratungsstand mit den Antragstellern, insbesondere der Deutschen Zentrale für Tourismus und dem Deutschen Tourismusverband, dar?

*) Siehe hierzu auch Frage 117.

61. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD) Welche Ergebnisse hat die Ressortabstimmung mit den anderen Bundesministerien erbracht, die ebenfalls tourismuspolitisch relevante Projekte finanzieren und planen?
62. Abgeordneter
Garrelt Duin
(SPD) Wie viele Mediationsverfahren hat der seit dem 1. März 2010 von der Bundesregierung beauftragte Kreditmediator, Hans-Joachim Metternich, der laut Medienberichten ein Jahresgehalt von 200 000 Euro bezieht sowie samt Mitarbeiterstab den Bundeshaushalt mit jährlich rund 5 Mio. Euro belastet, begleitet, und mit welchen Ergebnissen konnten diese Verfahren abgeschlossen werden?
63. Abgeordneter
Garrelt Duin
(SPD) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung bezüglich der negativen Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, die Mitarbeiter des Sachverständigenrates mit Modellrechnungen nachgewiesen haben, da das Wachstumsbeschleunigungsgesetz die Wirtschaftsleistung Deutschlands maximal um lediglich 0,07 Prozent erhöht und gleichzeitig – durch die Steuermindereinnahmen – sogar negative Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt erwartet werden, und zu welchen Ergebnissen ist die Bundesregierung bei ihren eigenen Berechnungen über die Wirkungsweise des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes gekommen?
64. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie konkret soll der Zwischenbericht der Energieszenarien für das Energiekonzept der Bundesregierung (Projekt Nr. 12/10 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie) nach dem Willen der Bundesregierung ausgestaltet sein, und sollen insbesondere die Ergebnisse der verschiedenen Szenarien bereits darin enthalten sein?
65. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie hoch beziffert die Bundesregierung die insgesamt ausstehenden Forderungen deutscher Rüstungsunternehmen gegenüber Griechenland, und in welcher Höhe sind frühere Exportlieferungen durch Kredite und staatliche Bürgschaften von Deutschland abgesichert?

66. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, nach denen Griechenland bei der Begleichung von U-Boot-Lieferungen gegenüber ThyssenKrupp neue Lieferungen in Auftrag gegeben hat, und welchen Einfluss hat die Bundesregierung auf diese Entscheidung genommen (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND: „Deutsche U-Boote, griechischer Zorn“ vom 20. April 2010)?
67. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Beinhalten die Szenarien, welche die Bundesregierung sich zur Erarbeitung ihres Energiekonzeptes erarbeiten lässt, auch dynamische Simulationen, welche die Fluktuationscharakteristik von Wind- und Solarenergie mit stündlicher Auflösung für die Zieljahre unter realen meteorologischen und hydrologischen Bedingungen berücksichtigt, und falls ja, werden daraus Rückschlüsse auf die jeweiligen Jahresvolllaststunden konventioneller Kraftwerke (Atomkraftwerke, Kohlekraftwerke, Erdgaskraftwerke, Ölkraftwerke) im Betrachtungszeitraum gezogen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

68. Abgeordnete
Hilde Mattheis
(SPD) Hält die Bundesregierung es für gerechtfertigt, dass Beschäftigte in Altersteilzeit durch den Verzicht auf eine neue Mindestnettobetragstabelle im Gegensatz zu den aktiv Beschäftigten nicht von den Senkungen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen profitieren?
69. Abgeordnete
Hilde Mattheis
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass – solange die Mindestnettobetragstabelle nicht an die geltende Rechtslage angepasst wird – der Differenzbetrag zwischen der früheren Lohnsteuer und der neuen, ab 1. Januar 2010 geltenden Steuer (durch die Zahlung eines geringeren Aufstockungsbetrags) beim Arbeitgeber verbleibt?
70. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.) Wie soll nach den Plänen der Bundesregierung zur Bürgerarbeit die Zusätzlichkeit der Tätigkeiten sichergestellt werden, und ist dazu die verpflichtende Einrichtung von Beiräten oder ähnlichen Einrichtungen vorgesehen?

71. Abgeordnete
**Jutta
Krellmann**
(DIE LINKE.) Soll es nach den Plänen der Bundesregierung zur Bürgerarbeit auch möglich sein, passive Leistungen zur Finanzierung heranzuziehen, also die entsprechenden Haushaltstitel (Arbeitslosengeld II, Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung) mit einem Haushaltsvermerk zu versehen, und mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung bei der Bürgerarbeit verhindern, dass es zu starken Creaming-Effekten kommt?
72. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.) Stellen die Pläne der Bundesregierung zur Bürgerarbeit sicher, dass Regelleistungsbezieher (Singles ohne Kind) damit aus dem Leistungsbezug Arbeitslosengeld II herauskommen, und wie hoch soll das Bruttoeinkommen eines Singles ohne Kind sein?
73. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.) Wie viele Stellen sollen im Rahmen der Bürgerarbeit eingerichtet werden, und über welche arbeitsmarktpolitischen Instrumente soll die Bürgerarbeit finanziert werden (bitte konkrete Instrumente mit Sozialgesetzbuch und einzelnen Paragraphen bzw. Unterparagraphen angeben)?
74. Abgeordneter
**Werner
Dreibus**
(DIE LINKE.) Woraus und in welcher Höhe ist nach den Plänen der Bundesregierung zur Bürgerarbeit ggf. eine Trägerfinanzierung vorgesehen?
75. Abgeordneter
**Werner
Dreibus**
(DIE LINKE.) Soll nach den Plänen der Bundesregierung zur Bürgerarbeit die Maßnahmezuzuweisung im Rahmen der Bürgerarbeit über eine Eingliederungsvereinbarung erfolgen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

76. Abgeordneter
**Günter
Gloser**
(SPD) Welche Schritte wird die Bundesregierung im Hinblick auf die Verhandlungen zur neuen europäischen Fischereipolitik nach dem Scheitern der Verhandlungen der 15. Vertragskonferenz zum Washingtoner Artenschutzabkommen zum Schutz des Roten Thunfisches, des Dorn- und des Heringshais unternehmen?

77. Abgeordneter
**Günter
Gloser**
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Rahmen der Union für das Mittelmeer, Maßnahmen zum Schutz des Roten Thunfisches und der Roten Koralle im Mittelmeer zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

78. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat das Bundesministerium der Verteidigung Hinweise über thermobarische Sprengköpfe in den Händen von Talibangruppierungen, und kann die Bundesregierung die Darstellung von „SPIEGEL ONLINE“ („Das Gesicht des Feindes“ vom 12. April 2010), wonach „Aufständische“ in Afghanistan im Besitz von „Aerosol-Panzergranaten“ sein sollen, bestätigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

79. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
- Auf welche Art und Weise wird die Erfüllung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über Kriegsgräberfürsorge in der Bundesrepublik Deutschland vom 16. Dezember 1992 gewährleistet, um die Gräber und Gedenkstätten, die an die Zehntausende sowjetischer Soldaten erinnern, die den Kampf um die Befreiung Deutschlands vom Faschismus mit ihrem Leben bezahlt haben und nun in deutscher Erde ruhen, würdig zu erhalten und zu pflegen?*)
80. Abgeordnete
**Caren
Marks**
(SPD)
- Welche Kontakte finden im gesamten Jahr 2010 zwischen der Bundesregierung und anderen EU-Staaten statt, bei denen es um einen Erfahrungsaustausch über familienpolitische Maßnahmen geht (bitte genaue Aufführung der Termine, der beteiligten Staaten, der anvisierten Gesprächsthemen, der jeweils beteiligten Arbeitsebenen wie z. B. Referate und Abteilungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der beteiligten Politikerinnen und Politiker)?

*) Siehe hierzu auch Frage 14.

81. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD) Wann genau ist mit der Konkretisierung der geplanten Einsparungen im Einzelplan 17 des Bundeshaushalts zu rechnen (bitte exakten Termin nennen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

82. Abgeordnete
Dr. Marlies Volkmer
(SPD) Mit welchen Zielen hat die Bundesregierung die Studie zur Sicherheit der Aufbereitung von Einmalprodukten in Auftrag gegeben, wenn die Bundesregierung gesetzliche Änderungen bereits vor Abschluss der Studie ausschließt (Nachfrage zu Frage 87, Fragestunde des deutschen Bundestages am 21. April 2010, Bundestagsdrucksache 17/1388)?
83. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.) Welche gesetzlichen Neuregelungen erachtet die Bundesregierung für notwendig angesichts der Festlegungen der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte mbH (gematik) vom 19. April 2010 zur Zukunft des Projektes „elektronische Gesundheitskarte“, und wann könnten diese erfolgen?
84. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.) Welches Einsparpotential erwartet die Bundesregierung durch eine Umsetzung der Festlegungen der Gesellschafterversammlung der gematik vom 19. April 2010, die eine Beschränkung der Entwicklung und Einführung der elektronischen Gesundheitskarte auf drei Kernbereiche vorsehen?
85. Abgeordneter
Steffen-Claudio Lemme
(SPD) Über welche Informationen verfügt die Bundesregierung bezüglich des derzeitigen Personenkreises ohne gesundheitlichen Versicherungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland?
86. Abgeordneter
Steffen-Claudio Lemme
(SPD) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über den Umfang von in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Personen, deren Versicherungsverhältnis aufgrund säumiger Beitragszahlung gemäß § 5 Absatz 3a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch ruht?

87. Abgeordnete
**Kathrin
Senger-Schäfer**
(DIE LINKE.)
- Ist es richtig, dass die Regierungskommission zum Gesundheitswesen über Ausnahmeregelungen zur Kopfpauschale bei Rentnerinnen und Rentnern nachdenkt (Süddeutsche Zeitung vom 30. April 2010), und zu welchen Ergebnissen kam das für den 30. April 2010 geplante Treffen der Fachleute für die Lösung der verwaltungstechnischen Probleme bei der Erhebung der Kopfpauschale bei Rentnerinnen und Rentnern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

88. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass Massentierhaltungsanlagen regelmäßig nach § 35 Absatz 1 Nummer 4 des Baugesetzbuchs als privilegierte Anlagen im Außenbereich genehmigt werden?
89. Abgeordnete
**Tabea
Rößner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Ausbau des Flughafens in Speyer unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass beim Genehmigungsverfahren die Höhe des Speyerer Doms um ca. 13 Meter zu niedrig angegeben wurde und nun der Status des Weltkulturerbes in Gefahr ist, und teilt die Bundesregierung die Auffassung der Genehmigungsbehörde, dass die Differenz in der Höhenberechnung des Doms für die Genehmigung des Flugplatzausbaus keine Rolle spielt?*)
90. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise bemüht sich die Bundesregierung um Aufklärung der Ursachen für die Baumängel an der Bundesstraße 6n in Sachsen-Anhalt bzw. der damit verbundenen Kosten, die der Bund tragen muss, und welche neuen Informationen hat die Bundesregierung seit der Beantwortung der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 6. Januar 2010 (Bundestagsdrucksache 17/396) zu diesem Thema erhalten?

*) Siehe hierzu auch Frage 11.

91. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den aktuellen Presseartikeln, die darauf hinweisen, dass beim Bau der Bundesstraße 6n erheblich betrogen worden sein soll und die Landesbehörden das nicht ausreichend überprüft haben sollen, und wie bewertet die Bundesregierung die Handlungsweise der Landesbehörden, insbesondere die Begleitung der Baumaßnahmen sowie die Informationen gegenüber dem Bund?
92. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung, dass die Entscheidung, den kontrollierten Sichtflug (CVFR) auf Antrag der Airlines und auf Genehmigung durch das Luftfahrt-Bundesamt zuzulassen, am Montag, dem 19. April 2010 erfolgte, ohne dass das Forschungsflugzeug des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt „Falcon 20E“ bereits gestartet war und entsprechende Messwerte über die Konzentration der Asche im deutschen Luftraum vorlagen?
93. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Plant die Bundesregierung nach den offensichtlichen Informationsdefiziten für Reisende in der Zeit von Donnerstag, dem 15. April 2010 bis Mittwoch, den 21. April 2010, als Überflüge über Deutschland oder An- und Abflüge an deutschen Flughäfen aufgrund der Aschewolke zeitweise nicht möglich waren, die Schaffung stabiler Informationsstrukturen für Passagiere, und wird für ähnliche Ereignisse die Einrichtung einer kostenlosen Hotline für Betroffene erwogen?
94. Abgeordnete
Kirsten Lühmann
(SPD)
- Wurden die Schäden, insbesondere am Triebwerk des Nato-Kampffjets F-16, der in der Zeit von Donnerstag, dem 15. April 2010 bis Mittwoch, den 21. April 2010, als Überflüge über Deutschland oder An- und Abflüge an deutschen Flughäfen aufgrund der Aschewolke zeitweise nicht möglich waren, zu Testzwecken über Europa geflogen ist, ausführlich analysiert, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
95. Abgeordneter
Michael Groß
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Krisenpläne für den Fall eines weiteren Vulkanausbruchs mit Aschewolkenbildung, vergleichbar mit der Situation in der Zeit von Donnerstag, dem 15. April 2010 bis Mittwoch, den 21. April 2010, als Überflüge über Deutschland oder An- und Abflüge an deutschen Flughäfen auf-

grund der Aschewolke zeitweise nicht möglich waren, und wenn ja, wie sehen diese Krisenpläne aus und wann greifen sie?

96. Abgeordneter
Michael Groß
(SPD)
- Von welchen Institutionen und Experten hat der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Dr. Peter Ramsauer in der Zeit von Donnerstag, dem 15. April 2010 bis Mittwoch, den 21. April 2010, als Überflüge über Deutschland oder An- und Abflüge an deutschen Flughäfen aufgrund der Aschewolke zeitweise nicht möglich waren, fachkundigen Rat eingeholt, und welche deutschen Messungen der Aschekonzentration in der Luft wurden in diesem Zeitraum vor dem Flug der „Falcon 20E“ durchgeführt?
97. Abgeordnete
Ulrike Gottschalck
(SPD)
- Wann hat der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Dr. Peter Ramsauer von der Einrichtung einer Taskforce zum Umgang mit der Einstellung des Luftverkehrs in Deutschland aufgrund der Aschewolke durch den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Rainer Brüderle erfahren, und auf welche Art und Weise war der Bundesminister Dr. Peter Ramsauer in die Vorbereitung und Durchführung des ersten Treffens am Montag, dem 19. April 2010 involviert und hat Empfehlungen des Treffens, die den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung betreffen, wie z. B. das temporäre Aussetzen des Nachtflugverbots und des Sonntagsfahrverbots für Lkws, erarbeitet?
98. Abgeordnete
Ulrike Gottschalck
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die widersprüchlichen Äußerungen des Bundesministers Rainer Brüderle („Brüderle schloss [...] staatliche Hilfen nicht aus“, in Hamburger Abendblatt vom 19. April 2010) und des Bundesministers Dr. Peter Ramsauer („Ich wehre mich gegen jeden Ruf an den Staat“, in Hamburger Abendblatt vom 19. April 2010) bezüglich der Frage, ob es staatliche Unterstützung für die Airlines wegen der wirtschaftlichen Verluste infolge der Sperrung des deutschen Luftraumes aufgrund des Ausbruchs des Vulkans Eyjafjallajökull geben soll, und wird die Bundesregierung finanzielle Entschädigungen bzw. finanzielle Unterstützungen für die Airlines wie auch für die Flughäfen und von den Flugausfällen betroffenen deutschen Fluggäste zur Verfügung stellen?

99. Abgeordneter
**Sören
Bartol**
(SPD)
- Auf welche Art und Weise wurden die Flughäfen, und hier besonders die Regionalflughäfen, über die stundenweise Öffnung des Luftraums am Sonntagabend, dem 18. April 2010 informiert, und was waren die Gründe dafür, dass die zeitweise Öffnung des Luftraums durch die Airlines nur in äußerst begrenztem Rahmen genutzt wurde?
100. Abgeordneter
**Sören
Bartol**
(SPD)
- Wer hat den Auftrag an die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH und Vertreter der deutschen Airlines erteilt, einen Lösungsweg zu finden, der eine schnellere Öffnung des deutschen Luftraums, der aufgrund der Aschewolke in der Zeit von Donnerstag, dem 15. April 2010 bis Mittwoch, den 21. April 2010 weitestgehend geschlossen war, ermöglichen sollte und dann konkret das Zulassen von Sondergenehmigungen für Flüge im kontrollierten Sichtflugverfahren (CVFR) beinhaltete, und auf welcher rechtlichen Grundlage haben die DFS Deutsche Flugsicherung und die Airlines den Auftrag erhalten?
101. Abgeordnete
**Ute
Kumpf**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Feststellung, dass der Luftraum entweder sicher sei oder er es eben nicht sei, und welche technischen und/oder wissenschaftlichen Gründe gab es für die Entscheidung der Bundesregierung, die Genehmigung von Flügen im kontrollierten Sichtflugverfahren (CVFR) zu erteilen?
102. Abgeordnete
**Ute
Kumpf**
(SPD)
- Welche Vorteile, im Hinblick auf die Sicherheit der Passagiere, boten die durch die Bundesregierung in der Zeit von Donnerstag, dem 15. April 2010 bis Mittwoch, den 21. April 2010 genehmigten Flüge im kontrollierten Sichtflugverfahren (CVFR) vor dem Hintergrund, dass es in weiten Teilen des deutschen Luftraums keine mit bloßem Auge sichtbare Aschewolke gab, und warum wurden vor diesem Hintergrund in ein- und demselben Luftraum Flüge im kontrollierten Sichtflugverfahren aber nicht im Instrumentenflugverfahren genehmigt?
103. Abgeordneter
**Florian
Pronold**
(SPD)
- Was war der Grund dafür, in der Zeit von Donnerstag, dem 15. April 2010 bis Mittwoch, den 21. April 2010, als Überflüge über Deutschland oder An- und Abflüge an deutschen Flughäfen aufgrund der Aschewolke zeitweise nicht möglich waren, dass neben den unter Leitung der Deutschen Flugsicherung

in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Wetterdienst und EUROCONTROL ergriffenen Maßnahmen kein zentraler Krisenstab beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung angesiedelt wurde, in dem auch Vertreter der Airlines, der Flughäfen, der Bundesländer, der Triebwerks- und Flugzeughersteller sowie der Bundesministerien in den Bereichen Wirtschaft, Verbraucherschutz, Auswärtige Angelegenheiten sowie des Kanzleramtes eingebunden waren?

104. Abgeordneter
**Florian
Pronold**
(SPD)

Auf welche Art und Weise und zu welchem Zeitpunkt waren in der Zeit von Donnerstag, dem 15. April 2010 bis Mittwoch, den 21. April 2010, als Überflüge über Deutschland oder An- und Abflüge an deutschen Flughäfen aufgrund der Aschewolke zeitweise nicht möglich waren, die deutschen Bundesländer, die für die Luftverkehrsverwaltung und damit u. a. auch für Themen wie die temporäre Aufhebung des Nachtflugverbots verantwortlich sind, in das Krisenmanagement eingebunden?

105. Abgeordneter
**Uwe
Beckmeyer**
(SPD)

Wann hat der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Dr. Peter Ramsauer von der drohenden Gefahr erfahren, dass Überflüge über Deutschland oder An- und Abflüge an deutschen Flughäfen aufgrund der Aschewolke verboten werden müssen und damit der Luftverkehr in Deutschland weitestgehend eingestellt werden muss, und wann hat er die Bundeskanzlerin informiert und Kontakt zu seinen EU-Kollegen aufgenommen, um die notwendigen Maßnahmen zu koordinieren?

106. Abgeordneter
**Uwe
Beckmeyer**
(SPD)

Welche Krisenstäbe, geleitet durch Bundesminister, sind in Zusammenhang mit den Auswirkungen der Vulkanasche auf den Luftverkehr von der Bundesregierung zu welchem Zeitpunkt im Rahmen des Krisenmanagements in der Zeit vom 15. April 2010 bis zum 21. April 2010 eingesetzt worden, um u. a. die Kommunikation und Entscheidungsfindung zwischen den inhaltlich betroffenen Bundesministerien für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, für Wirtschaft und Technologie, für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Auswärtigen Amt herzustellen?

107. Abgeordneter
Martin Burkert
(SPD)
- Ist der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Dr. Peter Ramsauer der Urheber des von den europäischen Verkehrsministern am Montag, dem 19. April 2010 in einer Telefon- und Videoschaltung beschlossenen Lösungsweges für den Umgang mit den Auswirkungen der Aschewolke auf die Flugsicherheit über Europa, und sollte er an der Telefon- und Videoschaltung nicht persönlich teilgenommen haben, was war der Grund für seine Verhinderung?
108. Abgeordneter
Martin Burkert
(SPD)
- Ist die Feststellung richtig, dass die Beantragung von Sondergenehmigungen für das Fliegen von Passagiermaschinen im kontrollierten Sichtflugverfahren (CVFR) beim Luftfahrt-Bundesamt bereits vor Montag, dem 19. April 2010 möglich gewesen wäre, und wenn ja, was sind die Gründe dafür, dass die Airlines entsprechende Anträge nicht gestellt haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

109. Abgeordneter
Dr. Hermann Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Weise setzt die Bundesregierung die Ankündigung des Bundesministers Dr. Norbert Röttgen um, sich innerhalb der EU für die unkonditionierte Anhebung des EU-CO₂-Reduktionszieles auf 30 Prozent stark zu machen?
110. Abgeordneter
Dr. Hermann Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Ergebnisse und Impulse hat der Petersberger Klimadialog vom 2. bis 4. Mai 2010 aus Sicht der Bundesregierung für die kommenden Klimaverhandlungen gebracht, und wie ist vor dem Hintergrund der auf dem Petersberger Dialog diskutierten Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern durch die Industrieländer die Tatsache aufgenommen worden, dass es sich bei den durch die Bundesregierung versprochenen Mitteln nur in kleinen Teilen um nicht bereits zuvor für andere Projekte und Maßnahmen versprochene Mittel handelt?

111. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Weshalb hat die Bundesregierung keine Regierungsdelegation zum alternativen Klimagipfel der Völker (auch: Weltkonferenz der Völker über Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde) im bolivianischen Cochabamba vom 19. bis 22. April 2010 geschickt, welcher als alternative Folgekonferenz des gescheiterten UN-Klimagipfels ausgerichtet wurde?
112. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Um welche Menge würde sich das radioaktive Inventar in Bezug auf Radionukleide mit einer Halbwertszeit von 10 Jahren erhöhen, wenn die Laufzeit sämtlicher in Betrieb befindlicher Atomkraftwerke um 10, 20 bzw. 28 Jahre erhöht würde (bitte die Mengen sowohl für die 10, 20 als auch 28 Jahre getrennt angeben)?
113. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wo soll die Neuverpackung des Atommülls nach der Zwischenlagerung in Ahaus erfolgen, wenn es zutrifft, dass der schwach- und mittelradioaktive Abfall, der im Brennelemente-Zwischenlager Ahaus zwischengelagert werden soll, vor dem Transport von Ahaus in das Endlager Schacht Konrad neu verpackt werden muss, und war den zuständigen Behörden die Tatsache der erforderlichen Neuverpackung bei der Genehmigung der Zwischenlagerung des Atommülls in Ahaus bekannt?
114. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sollen die Gutachter, die derzeit die Energieszenarien der Bundesregierung berechnen, realistische Werte für die Kosten der Atomkraft ansetzen, wenn sie nach Aussage der Bundesregierung vom 28. April 2010 noch keine verlässlichen Vorgaben der Bundesregierung zu den Kosten für Sicherheitsnachrüstungen, zur Besteuerung von Brennelementen oder zur Kostenbeteiligung der Betreiber bei der Sanierung der Schachanlage Asse haben (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/1531)?
115. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung auf europäischer Ebene eine Erhöhung des EU-Ziels zur Emissionsreduzierung bis 2020 von 20 Prozent auf 30 Prozent, angesichts der Tatsache, dass die Europäische Kommission in ihrer jüngsten Kommunikation „Unlocking European’s potential in clean innovation and

growth“ die geringen Kosten und erheblichen wirtschaftlichen Chancen eines solchen Schritts hervor gehoben hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

116. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Wie wird die Bundesregierung der Forderung des Gutachtens 2009 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen nachkommen, die Forschung zu Diagnostik und Therapie von seltenen oder Waisenkrankheiten (orphan diseases) und insbesondere für die Amyotrophe Lateralsklerose (ALS) zu verstärken, und inwieweit werden Forschungsschwerpunkte des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen im Bereich von orphan diseases und insbesondere von ALS gesetzt?
117. Abgeordneter
Heinz Paula
(SPD)
- Welches Engagement hat die Bundesregierung mit den Ländern/der Kultusministerkonferenz aufgebracht, die Sommerferienzeiten zu entzerren, und wie ist die mittelfristige Einschätzung hierzu?*)
118. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie plant die Bundesregierung – unter anderem personell und finanziell –, die Hochschulen in die Lage zu versetzen, die komplette Organisation und Verwaltung ihres nationalen Stipendienprogramms zu übernehmen, und welche Vorschläge will die Bundesministerin für Bildung und Forschung der Hochschulrektorenkonferenz angesichts des erheblichen Aufwands für die Einwerbung und Administration von privaten Mitteln und der Erfahrungen aus anderen Ländern wie etwa Großbritannien – wo mehr als ein Drittel der eingeworbenen Beträge allein durch diese Bürokratiekosten aufgebraucht wurde – unterbreiten?

*) Siehe hierzu auch Frage 59.

119. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wieso hat laut dem Entwurf eines Stipendienprogramm-Gesetzes der Studienortwechsel eines Stipendiaten im Inland einen Verlust des Stipendiums zur Folge, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich diese Regelung mobilitätsfeindlich auswirken dürfte, und unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen können Stipendien aus dem nationalen Stipendienprogramm mit ins Ausland genommen werden?
120. Abgeordnete
Priska Hinz
(Herborn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie definiert die Bundesregierung die im Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms (Stipendienprogramm-Gesetz – StipG) (unter § 1 Absatz 1) genannten Kriterien „Begabung und Leistung“, und warum sind „gesellschaftliches Engagement, die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen oder besondere soziale, familiäre oder persönliche Umstände“ anders als „Begabung und Leistung“ als Soll-Kriterien geführt (unter § 3 StipG)?
121. Abgeordnete
Priska Hinz
(Herborn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie kommt die Annahme der Bundesregierung zustande, den Hochschulen im Rahmen des nationalen Stipendienprogramms entstünden maximal 30 Mio. Euro Mehrausgaben, obwohl es Hinweise z. B. aus Großbritannien gibt, wonach der Aufwand allein für Einwerbung privater Mittel u. a. für Stipendien ein Drittel der eingeworbenen Mittel beträgt, und auf welchen Annahmen basiert die Feststellung aus dem Entwurf eines Stipendienprogramm-Gesetzes, dass im Endausbau des nationalen Stipendienprogramms 100 Mio. Euro an Steuermindereinnahmen durch mögliche Steuererleichterungen für private Stipendienggeber zu erwarten seien?
122. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)
- Warum spricht die Bundesregierung von einer hälftigen Finanzierung des nationalen Stipendienprogramms durch private Geldgeberinnen und Geldgeber, wenn in der Endausbaustufe rund 430 Mio. Euro (Zuschuss, Verwaltungskosten, Steuermindereinnahmen) von Bund und Ländern, jedoch nur 200 Mio. Euro von privater Seite getragen werden, was einem Anteil von lediglich 31,75 Prozent entspricht und nicht den im Gesetzentwurf benannten und in der Öffentlichkeit suggerierten 50 Prozent?

